

## Im Sinkflug?

### Stand und Perspektiven christlich-demokratischer Parteien in Europa

*Karsten Grabow*

- › Für christdemokratische Parteien, einst Europas dominierende politische Kraft, begann ab den 1980er Jahren ein Abstieg. Bei einigen Parteien fiel er steiler aus, bei anderen glich er einer Berg- und Talfahrt.
- › Christlich-demokratische Parteien sind jedoch nach wie vor weit verbreitet. Es gibt sie in 25 europäischen Ländern. In zwölf Ländern waren sie bei Abschluss dieser Studie an der Regierung beteiligt, in fünf davon stellten sie den Regierungschef bzw. die Regierungschefin.
- › Gegen den allgemeinen Trend in der Parteienfamilie konnten sich einzelne christlich-demokratische Parteien auch wieder steigern. Gewinne gab es auf sehr unterschiedlichem Niveau.
- › Die Aufsteiger verdanken ihre Erfolge der stärkeren Betonung von Themen wie innere Sicherheit und Migrationskontrolle, liberalen Positionen, neuen Kandidaten und personalisierten Kampagnen. Eine Fokussierung auf die Imagination wertkonservativer Stammwähler bringt Christdemokraten jedoch keinen Erfolg, weil die Gruppen, die einst treue christdemokratische Wählerreservoirs bildeten, aussterben.
- › Günstig ist, wenn eine christlich-demokratische Partei verschiedene Flügel hat und diese zur Mobilisierung unterschiedlicher Milieus einsetzt. Gerade in Zeiten wachsender gesellschaftlicher Pluralisierung ist das eine Voraussetzung dafür, erfolgreich zu bleiben oder es wieder zu werden.

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	2
2. Die gegenwärtige Lage christlich-demokratischer Parteien in Europa .....	4
3. Gründe für Verluste.....	10
4. Gründe für aktuelle Erfolge.....	13
5. Zusammenfassung und Ausblick .....	17
Quellen.....	20
Impressum .....	26

### 1. Einleitung

In den ersten zweieinhalb bis drei Jahrzehnten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren christlich-demokratische Parteien in zahlreichen westeuropäischen Ländern die klar dominierende politische Kraft – in einigen sind sie es bis heute, allerdings auf anderen Niveaus. In der Hochphase der europäischen Christdemokratie erreichte in Deutschland die Union aus CDU und CSU unter Führung Konrad Adenauers 1957 die absolute Mehrheit an Stimmen und Bundestagsmandaten, in anderen Ländern kamen christlich-demokratische Parteien nahe an derartige Ergebnisse heran (Altermatt 2013: 229). Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Italien, Luxemburg, Österreich und die Niederlande entwickelten sich zu Hochburgen der europäischen Christdemokratie. In diesen Ländern standen sie zeitgleich und ähnlich lang an der Spitze der jeweiligen Regierung und haben die Politik ihrer Länder und den europäischen Integrationsprozess maßgeblich bestimmt (Grabow 2012a: 28).

Als demokratische Bollwerke gegen den Kommunismus stützten sich die christlich-demokratischen Parteien auf stabile Bindungen in ihren Unterstützermilieus und verfolgten eine Politik, die auf wirtschaftliches Wachstum, Wohlstand, soziale Sicherung<sup>1</sup>, Ausgleich divergierender gesellschaftlicher Interessen, Konfliktschlichtung, Westbindung und Europäische Integration ausgerichtet war (Frey 2009: Kap. 2, Liedhegener und Oppelland 2012: 101 ff.). In Deutschland und später auch in den Niederlanden gelang es den christlich-demokratischen Parteien, konfessionelle Gräben zu überwinden und sich als konfessionsübergreifende Volksparteien zu etablieren (vgl. Lappenküper 2001: 386 ff., Lucardie 2012). Aufgrund ihrer Wahlergebnisse, ihrer politischen Erfolge, der hohen gesellschaftlichen Integrationskraft und der Sozialstruktur ihrer Mitglieder und Wähler traf die Bezeichnung „Volkspartei“ jedoch ebenso auf die christlich-demokratischen Parteien in den zuvor genannten Ländern zu (vgl. Pelinka 2001: 539 f.).

In die Blütezeit der europäischen Christdemokratie fielen auch die Gründung bzw. ein signifikanter Bedeutungszuwachs christlich-demokratischer Parteien in Skandinavien<sup>2</sup>. Anders als in den katholisch geprägten oder den gemischt konfessionellen Ländern Europas ging die Gründung der skandinavischen Christdemokraten jedoch nicht auf einen Konflikt zwischen dem liberal-säkularen Staat und dessen Repräsentanten einerseits und politisch aktiven und (meist) katholischen Laienmilieus andererseits zurück (vgl. Kalyvas 1996, Grabow u.a. 2010: 14 ff.), sondern war in erster Linie Ausdruck eines moralischen Aufbegehrens besonders gläubiger Protestanten gegen eine aus ihrer Sicht zu starke Liberalisierung der Gesellschaft (Madeley 2004: 218 f., Liedhegener und Oppelland 2012: 103). Skandinaviens Christdemokraten verstanden sich als Hüter christlicher Werte in gesellschaftspolitischen, ethischen, bildungs-, sozial- und später gesundheitspolitischen Fragen (Svåsand 1994: 180). Besonders die Themenbereiche Abtreibung, Ehe und Alkoholverbot bzw. -reglementierung lagen ihnen am Herzen. Skandinaviens Christdemokraten galten stets als religiöser und sittenstrenger als ihre Schwesterparteien im Herzen Europas. Anders als es ihre Namen zum

Teil suggerieren, wurden sie nie Volksparteien, sondern besetzten (und besetzen zum Teil bis heute) als moralisch-wertkonservativster Teil des bürgerlichen Lagers Nischen im meist einstelligen oder unteren zweistelligen Prozentbereich in ihren Parteiensystemen. Während die Christdemokraten in Deutschland, den Benelux-Staaten, Italien, der Schweiz und Österreich angesichts der Konfliktmuster der historisch gewachsenen Parteiensysteme selbst den Part der Konservativen abdeckten, blieben die spät gegründeten Christdemokraten Skandinaviens eingeklemmt zwischen den viel älteren und stärkeren konservativen Parteien, agrarischen Zentrumsparteien und Liberalen (Steffen 2006: 67 ff.). Diese Nischenposition machte sie jedoch keineswegs irrelevant. Immer wieder waren sie als Mehrheitsbeschaffer für konservativ oder liberal-konservativ geführte Regierungen gefragt und konnten – nicht zuletzt aufgrund ihrer guten lokalen Verwurzelung und sehr aktiven Mitgliedern vor Ort – auf politische Entscheidungen in ihren Ländern Einfluss nehmen. Die erfolgreichste von ihnen war zweifellos die norwegische Christliche Volkspartei (KRF), die nicht nur die älteste der skandinavischen christlich-demokratischen Parteien ist, sondern auch die einzige, die mit Lars Korvald (1972–1973) und Kjell Magne Bondevik (1997–2000 und 2001–2005) Ministerpräsidenten ihres Landes stellen konnte.

Ab Mitte der 1980er Jahre begann für die erfolgsgewohnten Christdemokraten Westeuropas ein Abstieg, der bei einigen Parteien steiler ausfiel, bei anderen einer Berg- und Talfahrt glich (vgl. Grabow 2012a: 37–44). Die europäischen Christdemokraten kämpften mit sozialem Wandel, anhaltender Säkularisierung aller Lebensbereiche, schrumpfenden Stammwählermilieus, dem Wegfall des Kommunismus als mobilisierendes und solidarisiertes Feindbild, neuen Konkurrenten und hausgemachten Problemen. Ein Tiefpunkt war zweifellos mit dem von der *Democrazia Cristiana* maßgeblich mit verursachten Zusammenbruch des italienischen Parteiensystems Anfang der 1990er Jahre erreicht, im Zuge dessen mit der DC auch eine der bis dahin stärksten und einflussreichsten christlich-demokratischen Parteien Europas von der Bildfläche verschwand und von keiner der Nachfolgerinnen ersetzt werden konnte (Trautmann und Ullrich 2003: 573 f., Zohlnhöfer 2006: 284 ff., Frey 2009: 89 ff.).

Die strukturelle Schwächung der europäischen Christdemokratie konnten auch die zahlreichen neuen christlich-demokratischen Parteien, die in den Transformationsländern des früheren Ostblocks entstanden, nicht aufhalten. Manche der nach 1990 gegründeten Parteien erreichten zwar beachtliche Wahlergebnisse und gelangten zwischenzeitlich in exekutive Verantwortung, z.B. die Demokratische und Christliche Union in der Slowakischen Republik (SDKÚ) oder die Bürgerplattform Polens (PO). Mit Ausnahme der Kroatischen Demokratischen Union (HDZ) sind die meisten jedoch wieder verschwunden oder deutlich geschrumpft.

Angesichts von Überalterung ihrer Anhängerschaft und infolge dessen schrumpfenden Stammunterstützermilieus, zunehmender Säkularisierung, schwankenden, in der Tendenz meist aber abnehmenden Wahlergebnissen und – verglichen mit der Glanzzeit der Volksparteien, nicht nur der christdemokratischen – einem deutlich geringeren Spielraum für die nationalstaatliche Steuerung von Politik und Wirtschaft sprechen manche Beobachter von einem unaufhaltsamen Niedergang der Christdemokratie (z.B. van Keersbergen 1999: 370). Für andere ist das Zeitalter der Christdemokratie gar zu Ende (Conway 2003: 43). Dass das so nicht stimmt, zeigt schon ein Blick in das Europäische Parlament, in dem die von Christdemokraten maßgeblich getragene Fraktion der Europäischen Volkspartei seit zwanzig Jahren ununterbrochen die größte ist. Daran haben auch die deutlichen Verluste bei der Europawahl 2019 nichts geändert. Auch auf nationaler Ebene spielen christlich-demokratische Parteien nach wie vor eine zum Teil bedeutende Rolle. Etwas lakonisch fällt dann auch das Urteil von Tim Frey in seiner Studie über Westeuropas Christdemokraten aus. Für ihn sind sie „Parteien, wie andere auch, ... [sie] gewinnen und verlieren Wähler“ (Frey 2009: 163, 159).

Ab Mitte der 1980er Jahre begann für die Christdemokraten Westeuropas ein Abstieg.

---

Für manche Beobachter ist das Zeitalter der Christdemokratie vorbei.

---

Für die meisten christlich-demokratischen Parteien weist der Trend jedoch nach unten, teils in rasant verlaufenden Auf- und Abwärtsbewegungen von Wahl zu Wahl (vgl. Abbildung 2). Aber nicht alle verlieren, es gibt auch Positivbeispiele. Die Studie untersucht die Gründe für diese Schwankungen. Warum gewinnen einige Christdemokraten, während die meisten anderen verlieren? Gibt es etwas, das die anderen Parteien von den Aufsteigern lernen können? Ist deren Aufstieg überhaupt nachhaltig und als Vorbild tauglich? Wo liegen noch Potentiale für die europäische Christdemokratie? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt dieser Studie. Sie basiert neben der Auswertung von Fachliteratur und Presseprodukten auf elf etwa 90-minütigen Experteninterviews, die vom Verfasser in der Zeit zwischen September 2018 und Januar 2019 zum Teil vor Ort, zum Teil in Berlin mit Vertretern christlich-demokratischer Parteien, Wissenschaftlern, Journalisten und Auslandsmitarbeitern der Konrad-Adenauer-Stiftung zu den christlich-demokratischen Parteien in Kroatien, Litauen, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Österreich und Schweden geführt worden sind<sup>3</sup>.

Aber nicht alle  
 verlieren.

## 2. Die gegenwärtige Lage christlich-demokratischer Parteien in Europa

Für Europas Christdemokraten gibt es gegenwärtig zwei gute und zwei weniger gute Nachrichten. Die erste gute ist, dass Christdemokraten nach wie vor eine relevante politische Kraft in Europa sind. Christlich-demokratische Parteien gibt es derzeit in 25 europäischen Ländern, in einigen sogar mehrere<sup>4</sup>. Man kann also noch immer von einem recht hohen Verbreitungsgrad christlich-demokratischer Parteien in Europa sprechen.

Christdemokraten  
 sind nach wie vor  
 eine relevante  
 politische Kraft.

**Tabelle 1**

Christlich-demokratische Parteien in Europa (Stand: Mai 2019)

Land	Partei/en	letzte Wahl- ergebnisse <sup>a</sup>	Stellung im nationalen Parteien- und Regierungssystem
Belgien <sup>b</sup>	CD&V	8,9	-- (4.)
	CDH	3,7	-- (11.)
Dänemark	KD	/	außerparlamentarische Opposition
Deutschland	CDU/CSU <sup>c</sup>	32,9	Senior (1.)
Estland	Isamaa	11,4	Junior (4.)
Finnland	KD	3,9	Opposition (8.)
Griechenland	ND	28,1	Opposition (2.)
Irland	FG	25,5	Allein-/Minderheitsregierung (1.)
Italien	UDC-NCI	1,3	Opposition (8.)
	CP	0,5	Opposition (9.)
	SVP	0,4	Opposition (10.)
Kroatien	HDZ (+ HDS)	36,3 <sup>d</sup>	Senior (1.) <sup>d</sup>
	HSS	3 <sup>e</sup>	Opposition (4.) <sup>e</sup>
Liechtenstein	VU	33,7	Junior (2.)
Litauen	TS-LKD	21,7	Opposition (1.) <sup>f</sup>
Luxemburg	CSV	28,3	Opposition (1.)
Niederlande	CDA	12,4	Junior (3.)

Land	Partei/en	letzte Wahl- ergebnisse <sup>a</sup>	Stellung im nationalen Parteien- und Regierungssystem
Norwegen	KRF	4,2	Junior (7.)
Österreich	ÖVP	31,5	-- (1.) <sup>g</sup>
Polen	PO	24,1	Opposition (2.)
	PSL	5,1	Opposition (5.)
Portugal	CDS-PP	11,7 <sup>h</sup>	Opposition (3.) <sup>h</sup>
San Marino	PDCS	24,5	Opposition (1.)
Schweden	KD	6,3	Opposition (6.)
Schweiz	CVP	11,6	Regierungsmitglied <sup>i</sup> (4.)
Slowakische R.	KDH	4,9	außerparlamentarische Opposition
Slowenien	NSI	7,1	Opposition (6.)
	SLS	2,6	außerparlamentarische Opposition
Tschechische R.	KDU-ČSL	5,8	Opposition (7.)
Ungarn	KDNP	3,9 <sup>j</sup>	Junior
Zypern	DISY	30,7	Senior (1.)

- a Parlamentswahlen, nationale Ebene, Zeitraum zwischen 2015 und 2019, je nach nationalem Wahltermin und Dauer der Legislaturperioden im betreffenden Land, Angaben in Prozent.
- b Die Stellung der belgischen Christdemokraten ist seit der Parlamentswahl vom 26. Mai 2019 offen. In der vorangegangenen Legislaturperiode war die CD&V als drittstärkste Partei Belgiens Juniorpartner einer Koalitionsregierung, die CDH befand sich als achtstärkste in der Opposition.
- c CDU und CSU werden hier als „Union“ und damit zusammen gezählt (vgl. Anm. 5).
- d Seit 2015 bildet die HDZ mit der Christlich Demokratischen Partei HDS und der sozialliberalen HSLs die „Patriotische Koalition“, wobei die HDZ mit Abstand die größte Partei dieses Wahlbündnisses ist. Von den gegenwärtig 61 Sitzen im kroatischen Parlament bringen die beiden kleinen Parteien jeweils einen mit ein. Bei ihren seltenen Einzelantritten haben weder die HDS noch die HSLs Mandate erzielt.
- e Die christlich-demokratische Bauernpartei HSS trat selten allein zur Wahl an. Bei den letzten Parlamentswahlen 2016 war sie Teil eines Wahlbündnisses, das von der Sozialistischen Partei angeführt wurde. Für dieses Bündnis brachte die HSS fünf Mandate ein. Bei ihrem letztmaligen Einzelantritt im Jahr 2011 kam die HSS auf drei Prozent und einen Sitz.
- f Nach Stimmanteilen, nach Sitzen (2.).
- g Seit dem Misstrauensvotum gegen die von Sebastian Kurz geführte Bundesregierung am 27. Mai 2019 hat Österreich eine geschäftsführende Übergangsregierung. Zuvor regierte die ÖVP als stärkste Partei des Landes in einer Koalition mit der FPÖ. Die Koalition zerbrach nach eineinhalb Jahren am 22. Mai 2019.
- h Bei letztmaligem Einzelantritt im Jahr 2011. Seit 2015 bildet die CDS-PP ein Wahlbündnis mit den mehr als dreimal so großen Liberalen Konservativen.
- i In der Schweiz stehen den Parteien entsprechend ihrer Stärke Sitze in der aus sieben gleichberechtigten Vertretern bestehenden Bundesregierung, dem Bundesrat, zu. Bis 2003 standen der CVP zwei Sitze zu. Danach verlor sie einen an die Schweizer Volkspartei, die seitdem zwei Vertreter in den Bundesrat entsendet.
- j Beim letztmaligen Einzelantritt im Jahr 2002. Seit 2006 tritt die KDNP im Wahlbündnis mit der national-konservativen FIDESZ an und brachte zuletzt 16 von insgesamt 133 Sitzen beider Parteien ein.
- Junior: Juniorpartner in einer Koalitionsregierung; Senior: Seniorpartner/Partei des Regierungschefs bzw. der Regierungschefin.

Quellen: Eigene Zusammenstellung nach Nordsieck (2018, 2019), De Standaard (2019).

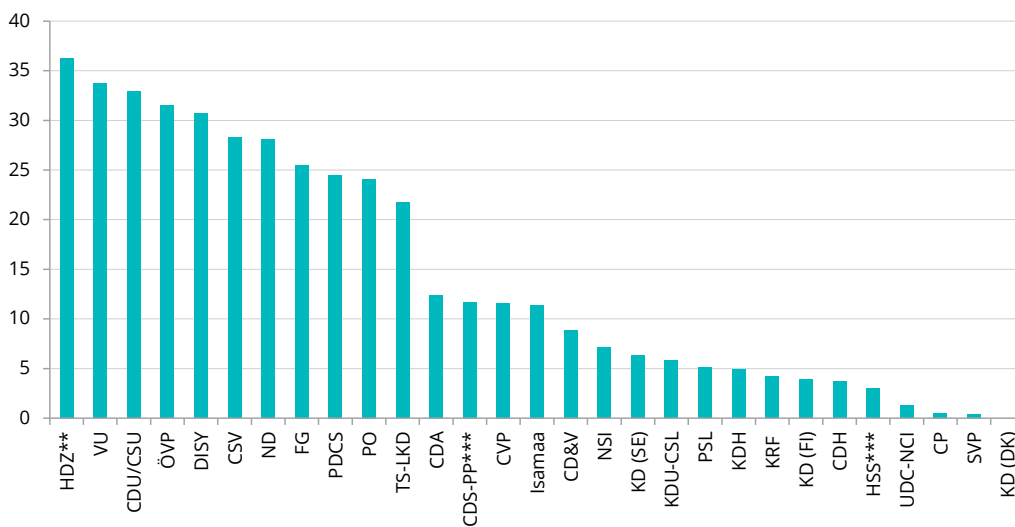
Die zweite gute Nachricht ist, dass von den 32 christlich-demokratischen Parteien<sup>5</sup> bei Abschluss der Studie<sup>6</sup> zwölf an den Regierungen ihrer Länder beteiligt waren. Fünf davon stellten dabei den Regierungschef bzw. die Regierungschefin: CDU/CSU, ÖVP, Fine Gael, die Demokratische Versammlung aus Zypern und die Demokratische Union Kroatiens (vgl. Tabelle 1).

Die deutschen Unionsparteien zählen ungeachtet jüngster Verluste zur Spitzengruppe der europäischen Christdemokratie.

Gegenwärtig am stärksten ist die Kroatische Demokratische Union (HDZ), auch wenn sie ihr Ergebnis von zuletzt 36,3 Prozent (2016) nur in einem Wahlbündnis mit zwei deutlich kleineren Partnern, der sozialliberalen HSLs und der christlich-demokratischen Partei HDS, erreichte. Die stärksten „Einzelkämpfer“ unter den christlich-demokratischen Parteien Europas mit Wahlergebnissen von mehr als 30 Prozent sind gegenwärtig die Vaterländische Union aus Liechtenstein mit zuletzt 33,7 Prozent, die deutschen Unionsparteien mit 32,9 Prozent die ÖVP, die bei den Nationalratswahlen im Oktober 2017 auf 31,5 Prozent kam, sowie die zyprischen Christdemokraten mit 30,7 Prozent. Auch wenn vielen Anhängern und Beobachtern das Ergebnis der Unionsparteien bei der letzten Bundestagswahl wie eine Niederlage vorgekommen sein mag und CDU wie CSU für mehr als ein Jahr mit dem Ergebnis haderten: Als Union zählen die deutschen Christdemokraten noch immer zur Spitzengruppe der Parteienfamilie.

**Abbildung 1**

Aktuelle Stärke von Europas Christdemokraten\*



\* in Prozent der Wählerstimmen.  
 \*\* mit kleinen Bündnispartnern, vgl. Tabelle 1.  
 \*\*\* Bei letztmaligen Einzelantritt 2011.

Quelle: Eigene Darstellung nach Nordsieck (2018, 2019), De Standaard (2019).

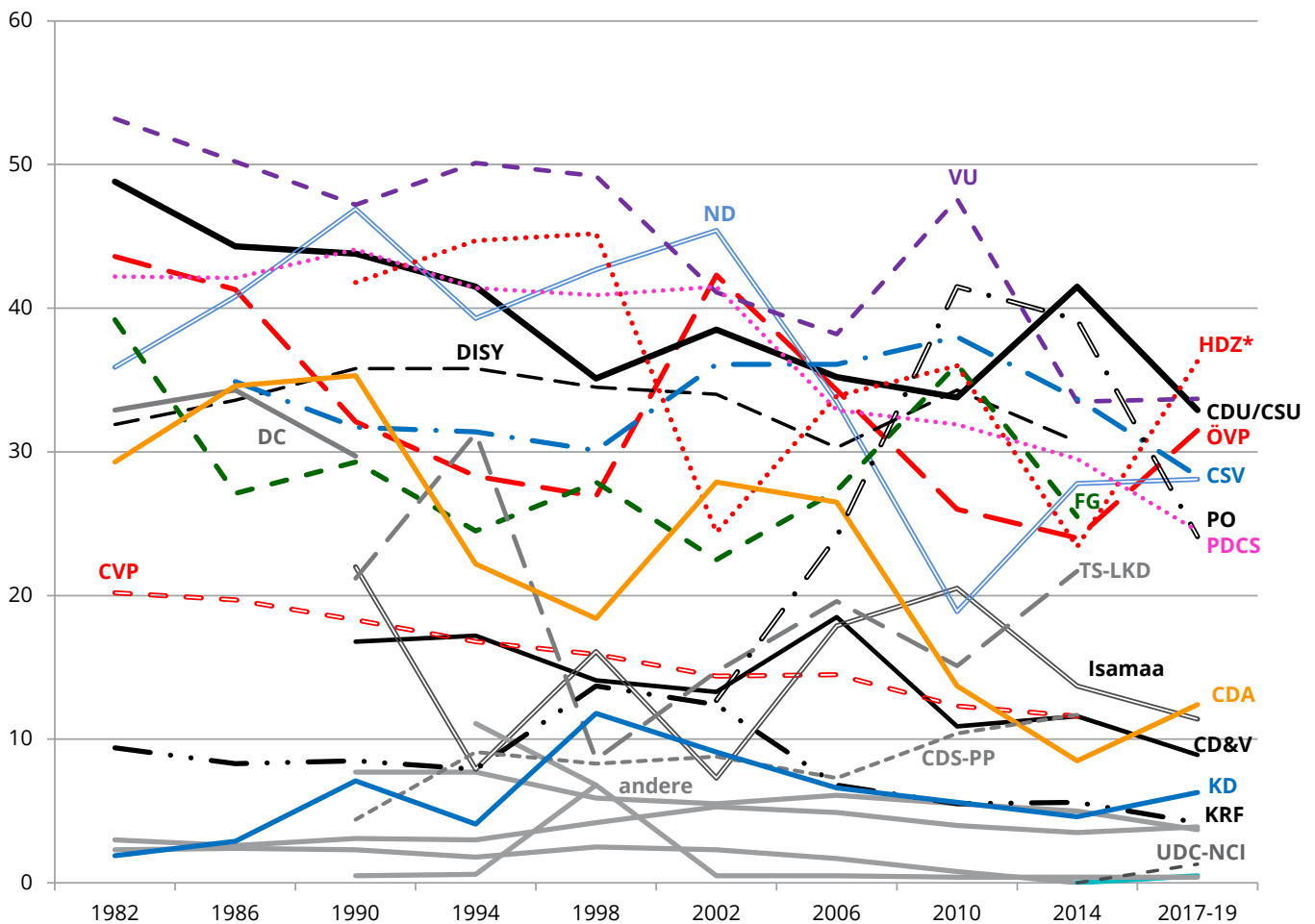
Im Bereich zwischen 25 und 30 Prozent bewegen sich die Christlich-Soziale Volkspartei Luxemburgs, die bei den Parlamentswahlen im Oktober 2018 auf 28,3 Prozent abrutschte, die griechische Nea Dimokratia, die sich nach ihrem Absturz auf 18,9 Prozent im Jahr 2012 wieder gefangen und sich nun auf einem deutlichen niedrigerem Niveau als vor der auch von ihr mitverursachten Staatsschuldenkrise des Landes eingependelt hat, und die irische Fine Gael, die zuletzt 25,5 Prozent erreichte. Die Christlich-Demokratische Partei San Marinos, die polnischen Bürgerplattform und die litauische Heimatunion (TS-LKD) liegen derzeit zwischen 20 und 25 Prozent.

Vier christlich-demokratische Parteien erreichten zuletzt Wahlergebnisse von über zehn Prozent: Der Christlich-Demokratische Aufruf aus den Niederlanden, die portugiesische Volkspartei, die Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz und die estnische Vaterlandspartei (Isamaa). Die portugiesischen Christdemokraten bilden jedoch seit 2015 eine Wahlallianz mit den Liberalen und verzichten seitdem auf eigene Auftritte. Alle anderen, und das ist neben den aktuellen Wahlergebnissen einstiger 40-Plus-Riesen<sup>7</sup> wie CDU/CSU, ÖVP, der Vaterländischen

Union aus Liechtenstein oder der polnischen Bürgerplattform die erste schlechte Nachricht für die christlich-demokratische Parteienfamilie<sup>8</sup>, liegen aktuell unter zehn Prozent. In diese Gruppe abgestiegen sind zuletzt die flämischen Christdemokraten, die gegenüber der vorherigen Wahl knapp drei Prozentpunkte verloren haben und nun nur noch einstellig sind.

Diese Bestandsaufnahme ist noch sehr statisch, denn sie zeigt nur die aktuelle Stärke der christlich-demokratischen Parteien, nicht die Entwicklung im Zeitverlauf. Die zweite schlechte Nachricht für Europas Christdemokraten veranschaulicht Abbildung 2. Bis auf wenige Ausnahmen befindet sich die gesamte Familie der europäischen Christdemokratie im Sinkflug. Nur bei sieben Parteien, der kroatischen HDZ, der ÖVP, der litauischen Heimatunion, dem Christlich Demokratischen Aufruf, den schwedischen Christdemokraten, der slowenischen NSI und einer Partei mit dem Namen „Wir in Italien“ ging es zuletzt wieder aufwärts. Diesem Aufwärtstrend gingen zum Teil jedoch schwere Verluste und harte Jahre voraus (ÖVP, CDA, z.T. auch HDZ) oder er erfolgte auf geringem, in einem Fall auf kaum messbarem Niveau. Zudem ist ein einmaliger Anstieg erst einmal nur ein einmaliger Anstieg und noch längst kein Beleg für Erholung oder Rückkehr zu einstiger Dominanz. Aber er fällt eben auf, während der Trend für die Parteienfamilie insgesamt negativ ist.

**Abbildung 2**  
 Wahlergebnisse christlich-demokratischer Parteien im Zeitverlauf



Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Nordsieck (2018), \* vgl. Legende Abbildung 1.

Bringt man die Momentaufnahmen aus Tabelle 1 und Abbildung 1 mit dem Verlauf ihrer Wahlergebnisse zusammen, lassen sich Europas Christdemokraten folgendermaßen einteilen: Auf der einen Seite kann man immer noch von „großen Parteien“ sprechen, die aktuell Stimmenanteile von 30 Prozent und mehr erreichen. Das trifft für die kroatische HDZ, die Vaterländische Union aus Liechtenstein, die deutschen Unionsparteien, die ÖVP und die zypriotischen Christdemokraten zu. Es gibt „mittelgroße“ (20 bis 30 Prozent), „kleine“ (über zehn Prozent) und „sehr kleine“ (unter zehn Prozent) christlich-demokratische Parteien. Auf der anderen Seite gibt es – zumindest in kurzfristiger Sicht, d.h. von der letzten Wahl aus betrachtet zu der davor – Aufsteiger, konstante Parteien mit Schwankungen von weniger als einem Prozentpunkt im betrachteten Zeitraum und Absteiger. Tabelle 2 zeigt, wie sich die christlich-demokratische Parteien auf diese Gruppen verteilen.

**Tabelle 2**

Christlich-demokratische Parteien in dynamischer Perspektive

	große aktuelle Stim- menanteile über 30 Prozent	mittlere aktuelle Stimmen- anteile zwischen 20 und 30 Prozent	kleine Stimmanteile über zehn Prozent	sehr kleine Stimmanteile unter zehn Prozent
<b>Aufsteiger</b>	ÖVP, HDZ	TS-LKD	CDA	KD (SE), NSI, UDC- NCI
<b>Konstante</b>	VU	ND		HSS, HDS
<b>Absteiger</b>	CDU/CSU, DISY	CSV, PDSC, FG, PO	CVP, Isamaa	KRF, KD (FI), CD&V, CDH, KD (DK), KDU- CSL, PSL, KDH, SLS

Gut platziert sind gegenwärtig nur die ÖVP und die HDZ. Die Zugehörigkeit der HDZ zur christlich-demokratischen Parteienfamilie mag möglicherweise umstritten sein, auch die Zuordnung als derzeit erfolgreichste Partei aus dem christdemokratischen Spektrum. Diesen möglichen Einwänden sei zum einen entgegnet, dass die HDZ enge Bindungen an die katholische Kirche des Landes und zu katholischen Wählern, hier wiederum besonders auf dem Lande und der dortigen Bevölkerung hat, und in gesellschaftspolitischen Fragen (Rollenverteilung in der Familie, Definition von Ehe, Haltung zu Homosexualität u.a.) Positionen vertritt, die in anderen Fällen keinerlei Zweifel an einer Zuordnung in das Lager der Christdemokraten hätten aufkommen lassen. Die HDZ ist auch Ausdruck der katholischen Emanzipation im Zuge der Unabhängigkeitsbestrebungen Kroatiens gegen die groß-serbische und folglich auch serbisch-orthodoxe Dominanz im multireligiösen Ex-Jugoslawien zum einen und dem Islam in den Gebieten des heutigen Bosnien-Herzegowina und Kosovo zum anderen. Dem Einwand, dass die HDZ ihre derzeitige Stärke auch einem Wahlbündnis mit der Sozialliberalen Partei (HSL) und der Christlich Demokratischen Partei (HDS) verdankt, sei entgegengehalten, dass die HDZ in diesem Bündnis der mit Abstand größte Partner ist und von den 61 Sitzen dieser „Patriotischen Koalition“ 59 mit einbringt. Die HDZ wäre also auch allein Kroatiens stärkste Partei. Sie wird hier aber ausdrücklich erwähnt, weil sie derzeit von allen christlich-demokratischen Parteien Europas am deutlichsten vorlebt, was diese Parteien stark und erfolgreich macht.



Die Verortung der Unionsparteien als „große Absteiger“ bedeutet nicht, dass CDU und CSU die größten Verluste unter den europäischen Christdemokraten hinnehmen mussten. Da hat es andere schon schlimmer getroffen, z.B. die polnische Bürgerplattform, die irische Fine Gael oder Liechtensteins Vaterländische Union (vgl. Abbildung 2). In dieses Feld fallen Parteien, die bei der letzten Wahl verloren haben *und* dennoch groß geblieben sind, d.h. über 30 Prozent liegen. Das betrifft die Christdemokraten aus Zypern und die deutschen Unionsparteien, die trotz empfindlicher Einbußen bei der letzten Bundestagswahl stärkste politische Kraft geblieben sind (Grabow und Pokorny 2018, Opelland 2018).

Die These vom „Ende der Christdemokratie“ in Europa ist sicher verfrüht, ebenso wie man nicht unbedingt von einem unaufhaltsamen Abstieg aller christlich-demokratischen Parteien sprechen kann. Noch jedenfalls gibt es Christdemokraten in den meisten europäischen Ländern und in einigen stehen sie noch immer oder wieder recht gut da.

Die These vom „Ende der Christdemokratie“ ist verfrüht.

Dieser zunächst positive Befund erscheint allerdings in einem andern Licht, wenn man die Entwicklung der christlich-demokratischen Parteien im Zeitverlauf betrachtet. Für die meisten Christdemokraten zeigt die Trendlinie nach unten. Es gibt, wie gesehen, zwar auch Aufsteiger unter den Christdemokraten, aber erstens nur in sehr kurzfristiger Perspektive und zweitens sind nur zwei davon wirklich Schwergewichte. Die fünf anderen Parteien mit zuletzt wieder steigender Tendenz sind mittelgroß bis sehr klein.

Die Gruppe der Absteiger ist zudem deutlich größer als die der Aufsteiger. Abstieg betrifft christlich-demokratische Parteien aller Größen. Die größte Gruppe jedoch ist die der kleinen Parteien *und* der Absteiger. Das macht die Lage für Europas Christdemokraten nicht weniger bedenklich.

Die Gruppe der Absteiger ist größer als die der Aufsteiger.

Von Wahlerfolgen in früheren Größenordnungen zu sprechen, erscheint heute sehr ambitioniert. Christdemokratien agieren unter ganz anderen gesellschaftspolitischen Bedingungen als vor zehn, zwanzig oder dreißig Jahren. Mit dem Ende des Kommunismus, vorangeschrittener Globalisierung, europäischer Integration, einer zunehmend digitalisierten Welt und einem Bedeutungszuwachs des Themas Umwelt- und Klimaschutz unterliegen sie komplett anderen Handlungszwängen als frühere Generationen christlich-demokratischer Parteien. Unter diesen Bedingungen ist es nicht selbstverständlich, dass sich christlich-demokratische Parteien, die in zahlreichen Ländern zum Traditionsbestand des jeweiligen politischen Systems zählen, vollkommen unverändert halten oder gar steigern können. Eher ist es bemerkenswert, wenn es Parteien gibt, die noch etwa ein Drittel der Wählerschaft hinter sich versammeln. Warum es aber einige gibt, die sich zuletzt auch wieder steigern konnten, soll nach einem kurzen Überblick über die Ursachen des christdemokratischen Abschwungs der vergangenen Jahre näher betrachtet werden.

### 3. Gründe für Verluste

Christlich-demokratische Parteien waren nie der verlängerte Arm der Kirchen in die Politik. Die Beziehungen zwischen beiden Seiten waren durchaus spannungsgeladen (Kalyvas 1996: Kap. 2 und 4, Uertz 2004: 41). Dennoch bildeten natürlich Christen das entscheidende Unterstützermilieu für christlich-demokratische Parteien. In den überwiegend katholisch geprägten und gemischt konfessionellen Ländern galt das besonders für Christen katholischen Glaubens, während sich Protestanten auch auf andere Parteien verteilten (z.B. Rudzio 2011: 160, Vatter 2014: 138) oder, wie in den Niederlanden bis 1980, eigene Parteien hatten oder sie seitdem wieder gründeten (z.B. Lucardie 2011: 78 f.).

Dieses Wählerreservoir schrumpft seit Jahren beständig. Waren in den 1950er und 1960er Jahren noch bis zu 90 Prozent der Bevölkerung in Europa konfessionell gebunden, sind es heute, je nach Fragestellung, zwischen 70 und 20 Prozent der Europäer, die sich selbst als religiös einschätzen bzw. als praktizierende Christen gelten (Voerman 2011: 10 f., Smith 2018, Strack 2018)<sup>9</sup>. Mit sinkender Religiosität in der Gesellschaft sanken gleichzeitig auch Nachfrage und Angebot an politischen Inhalten, die sich aus dem christlichen Glauben ableiten lassen. Tabelle 3 zeigt, dass v.a. Westeuropas Christdemokraten auf gesellschaftspolitischen Feldern, auf denen sie ihre Positionen aus einer christlichen Sicht heraus begründet haben, das Rennen gegen den liberalen Zeitgeist quasi verloren haben. So, wie der Münsteraner Religionspädagoge Peter Schreiner für den Religionsunterricht konstatierte, dass es ihn zwar noch gebe, aber die Tendenz seit Jahren in Richtung nicht-konfessioneller Ansätze gehe (2016), beobachten wir auf den anderen Politikfeldern auch eine seit über 20 Jahren anhaltende Liberalisierung, v.a. in den Benelux-Ländern und in Skandinavien.

Europas Christdemokraten haben das Rennen gegen den liberalen Zeitgeist verloren.

**Tabelle 3**

Regelungen zu (ehemals) christlich-demokratischen Kernthemen

Land	Politikfeld						
	Religionsunterricht <sup>a</sup>	Gleichgeschlechtliche Ehe <sup>b</sup>	Adoptionsrecht <sup>c</sup>	Abtreibung <sup>d</sup> (legale Fris-tenlösungen)	Beihilfe zur Selbsttötung <sup>e</sup>	PID <sup>f</sup>	
Belgien	C*	ja	ja	ja	erlaubt	ja	
Dänemark	C	ja	ja	ja	nein	ja	
Deutschland	variiert von BL zu BL von B bis D	ja	ja	ja	bedingt möglich	ja	
Kroatien	B	eingetragene Partnerschaft erlaubt	nein	ja	rechtlich unklar	ohne Regelung	
Luxemburg	D	ja	ja	ja	erlaubt	ohne Regelung	
Österreich	B	ja	ja	ja	verboten	ja	
Niederlande	C	ja	ja	ja	erlaubt	ja	
Norwegen	C (D)	ja	ja	ja	verboten	ja	
Polen	B (A)	nein	nein	**	verboten	ohne Regelung	

Land	Politikfeld					
	Religions- unterricht <sup>a</sup>	Gleichge- schlechtliche Ehe <sup>b</sup>	Adoptions- recht <sup>c</sup>	Abtreibung <sup>d</sup> (legale Fris- tenlösungen)	Beihilfe zur Selbsttötung <sup>e</sup>	PID <sup>f</sup>
Schweden	C (D)	ja	ja	ja	erlaubt	ja
Schweiz	variiert von Kanton zu Kan- ton zwischen B und C	eingetragene Partnerschaft erlaubt	nein	ja	erlaubt	ja

- <sup>a</sup> A: Christenlehre der Mehrheitsreligion als Pflichtfach, durchgeführt von Theologen an staatlichen Schulen,  
 B: Christenlehre als Wahlpflichtfach in öffentlichen Schulen in Kooperation zwischen Staat und Kirche(n),  
 C: überkonfessionelle Religionskunde als Wahlpflichtfach,  
 D: Ethik, Staatsbürgerkunde oder Gesellschaftskunde als Wahlpflichtfach.
- \* In französischsprachigen Klassen seit 2016 durch Staatsbürgerkunde ersetzt. Im Rest des Landes können Schüler zwischen katholischer, orthodoxer, islamischer, jüdischer, protestantischer Religion oder „nicht-konfessioneller Ethik“ wählen, d.h. Religionskunde ist Wahlpflichtfach (CNA 2016).
- <sup>b</sup> Legal und „klassischen“ Ehen komplett gleichgestellt?
- <sup>c</sup> Uneingeschränkt möglich?
- <sup>d</sup> Legal, illegal?  
 \*\* Polen erlaubt eine Abtreibung nur im Fall einer Vergewaltigung oder nach einer medizinischen Indikation. Eine „Gewissensklausel“ gestattet Ärztinnen und Ärzten den Eingriff auch dann zu verweigern, wenn dieser ihren eigenen Wertüberzeugungen oder religiösen Überzeugungen widerspricht. Es besteht auch keine Pflicht, die Patientin in einem solchen Fall an einen anderen Arzt oder eine andere Ärztin zu verweisen (BZpB 2016).
- <sup>e</sup> erlaubt/nicht erlaubt?
- <sup>f</sup> erlaubt/nicht erlaubt?

Quellen: Eigene Zusammenstellung nach: Bundeszentrale für Politische Bildung (2016), CNA (2016), Filipovič (2011), Luzerner Zeitung (2018), NZZ (2017), Schreiner (2016), Süddeutsche Zeitung (2018).

So wie konfessionelle Bindungen seit Jahren kontinuierlich abnehmen (vgl. Neu 2017: 55), sinkt europaweit auch die allgemeine Parteibindung in der Bevölkerung (Janotta 2012: 70 f., Gabriel 2013: 336, Vatter 2014: 136 ff.). Das hat seinen Grund nicht allein in der rasant um sich greifenden Säkularisierung, da auch andere Parteien, die sich auf zuvor stabile Bindungen in bestimmte soziale Milieus stützen konnten, von solchen Ent-Bindungsprozessen, sog. *dealignments*, betroffen waren, allen voran Europas Sozialdemokraten (z.B. Callaghan 2000: Kap. 8 und 209 f.). Sozialer und technologischer Wandel und damit verbundener Werte- und Einstellungswandel in der Bevölkerung treffen Christdemokraten aber ganz besonders. So erreichten sie im ländlichen Raum und unter Landwirten stets überdurchschnittliche Unterstützung. Mit voranschreitender Urbanisierung, einem rasanten Wandel von familiengeführten landwirtschaftlichen Kleinbetrieben zur industriell betriebenen Massenlandwirtschaft und den schon skizzierten Säkularisierungsprozessen sind die Stammwähler- und Unterstützerreservoirs der europäischen Christdemokraten jedoch massiv geschrumpft. Gleichzeitig stieg mit Umwelt- und Naturschutzparteien auf der einen Seite und einwanderungsskeptischen Parteien auf der anderen die Zahl der Mitbewerber seit den 1980er Jahren zunächst in Skandinavien, später auch im Rest Europas an. Die Christdemokraten mussten in der Folge eben nicht nur gegen schrumpfende Stammwählermilieus, sondern auch gegen neue Konkurrenten ankämpfen. Dabei konnten Verluste auf der einen Seite nicht von allen christlich-demokratischen Parteien in gleichem Umfang durch Gewinne in anderen Bereichen der Wähler„märkte“ ausgeglichen werden. Sie verloren in alle Richtungen. Ihnen blieb zwar noch der ländliche Raum, aber dort

Die Stammwählerreservoirs der europäischen Christdemokraten sind massiv geschrumpft.

leben häufig zu wenige Wähler, um Abgänge zu kompensieren. Die Folge war ein um sich greifender Niedergang der christlich-demokratischen Parteien in Europa.

Neben diesen strukturellen Gründen und vermutlich irreversiblen sozialen Veränderungen erklären auch tagespolitische Entscheidungen zum einen oder schlichte Verbrauchs- und Erschöpfungerscheinungen zum anderen den Zustand etlicher christlich-demokratischer Parteien.

Christdemokraten haben ihre Kernkompetenzen zweifellos in den Bereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Auch die Bildungspolitik galt einst als christdemokratische Domäne. Sie waren aber auch immer der europäischen Integration und Zusammenarbeit verpflichtet, manche gar deren Triebkraft. Besonders in den Ländern, in denen Christdemokraten die Rolle der Konservativen mit abdeckten, wie z.B. in Belgien, Deutschland und Österreich, waren sie aber auch immer die Parteien, die sich am deutlichsten für innere Sicherheit und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung einsetzten. Sie galten zudem auch als heimatverbundene Parteien, die sich nicht scheuten, nationale oder regionale Symbolik und Traditionen zu pflegen, ohne dabei als provinziell oder gar nationalistisch zu gelten.

Angesichts bestehender Defizite bei der Integration von Einwanderern und deren Nachkommen, sich verfestigenden Parallelgesellschaften und anderen sozialen Problemen im Zusammenhang mit Migration, die seit Beginn der 1990er Jahre immer offener zutage traten und dabei nicht allein, aber auch von Christdemokraten mit zu verantworten waren, erhielt ihr Nimbus als Partei für Recht und Ordnung erste Kratzer, insbesondere dann, wenn Christdemokraten Schlüsselressorts in der Exekutive besetzten. Weitere folgten z.B. in der Finanz- und Staatsschuldenkrise der Jahre 2009–2014 und dann während der sogenannten Flüchtlingskrise 2015, als zur Überwindung der Notsituationen bestehende Regeln innerhalb der EU sowie auf nationaler Ebene außer Kraft gesetzt wurden. Die dadurch forcierten Unsicherheiten in Teilen der Bevölkerung wurden mit ohnehin bestehenden Vorurteilen gegen Zuwanderung und die Europäische Union rhetorisch geschickt von national- und rechtspopulistischen Parteien vermengt und ausgenutzt. Etliche Christdemokraten haben auf diese Herausforderung allen Warnungen und Vorschlägen zum Trotz (vgl. Grabow 2012b: 47; Grabow und Hartleb 2013: 407 f.) keine überzeugende Antwort gefunden. Sie blieben inhaltlich und strategisch gefangen zwischen multilateralen Politikansätzen, humanitärer Verantwortung, ihren Europa-Bekenntnissen auf der einen Seite und der Sorge davor, durch Kurskorrekturen in der Europa- und Migrationspolitik Populisten ex post zu legitimieren. So kam es, dass die deutschen und die Benelux-Christdemokraten ihre Images als Hüterin der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sowie als heimatverbundene Parteien mit national- und rechtspopulistischen Parteien teilen mussten oder sie ganz an Populisten verloren haben. Diese sind zwar nicht ausschließlich, wohl aber auch in Wählerreservoirs der Christdemokraten eingedrungen, worauf diese für lange Zeit zögerlich und nur bedingt erfolgreich reagierten (Fislage, Grabow und Heinze 2018).

Fragt man heute beispielsweise Vertreter und andere Kenner des CDA nach den größten Fehlern der zurückliegenden Jahre, wird man immer wieder auf die Entscheidung der Partei vom Herbst 2010 verwiesen, eine Minderheitskoalition mit der rechtsliberalen VVD einzugehen, die sich vom bedingungslosen EU- und Islamgegner Geert Wilders hat tolerieren lassen. Die Entscheidung darüber hat tiefe Gräben beim CDA hinterlassen und die Partei, die bei anschließenden Wahlen zweimal in Folge quasi halbiert wurde, bis sie schließlich bei einem Stimmenanteil von 8,5 Prozent landete, viel Sympathie gekostet (Lucardie 2011: 83; Voerman 2011: 16). Wie oben erwähnt hat sich der CDA zuletzt jedoch wieder etwas erholt und sich bei den letzten Parlamentswahlen auf 12,4 Prozent steigern können. Damit aber sehen nicht nur Beobachter, sondern auch führende Vertreter des CDA selbst dessen derzeitige Potentiale nahezu voll ausgeschöpft.

Auf Populisten haben  
Christdemokraten  
keine überzeugenden  
Antworten gefunden.

Andere Parteien, wie die ÖVP oder die luxemburgische CSV, waren durch ihre langanhaltende Regierungsbeteiligung in den Augen ihrer Wähler auch selbstgefällig und unbeweglich geworden und als fester Bestandteil des sogenannten politischen Establishments Adressat von Unzufriedenheit aus einem Teil der Wählerschaft. Während sich die ÖVP im Sommer 2017 dank einer fulminanten Mobilisierungskampagne nach dem Wechsel im Parteivorsitz auf den späteren Bundeskanzler Sebastian Kurz aus einem sich abzeichnenden Abwärtsstrudel befreien konnte, hat die CSV 2013 den Ernst der Lage nicht anerkennen wollen und die Oppositionsrolle lediglich wie eine Art einmalige „Panne“ angesehen (Hilgert 2015) und nicht als Ansporn für eine Runderneuerung nach dem Vorbild der „neuen Volkspartei“ ÖVP.

Unter diesen hier nur kurz umrissenen Rahmenbedingungen agieren Europas Christdemokraten heute. Sie sind für explizit *christlich*-demokratische Positionen ungünstig in den Benelux-Staaten, Skandinavien und Deutschland und nur noch ansatzweise vorhanden in Österreich und in der Schweiz (vgl. Tabelle 3). Am günstigsten scheinen sie noch in Mittelost- und Südosteuropa zu sein, wo die katholische Kirche eine wichtige Rolle bei den politischen Transformationen, der Nationen- und nationalen Identitätsbildung gespielt hat und sich stellenweise sehr enge Verbindungen zwischen einzelnen Parteien und Kirche entwickelt haben. Das Problem in mittelost- und südosteuropäischen Ländern war und ist jedoch, dass christlich-demokratische Parteien von starken nationalkonservativen oder nationalklerikalen Parteien an den Rand gedrängt wurden (Bulgarien, Polen, Ungarn) oder gleich mehrere christlich-demokratische Parteien in einem Land entstanden, die sich dann die Wählerschaft gegenseitig streitig machten (neben den eben bereits genannten Ländern z.B. auch Kroatien und Slowenien). Die Lage für christlich-demokratische Parteien ist also auch in Mittelost- und Südosteuropa nicht unproblematisch.

Trotz aller hier nur kurz umrissenen Widrigkeiten haben christlich-demokratische Parteien vereinzelt auch wieder an Zulauf. Wie gesehen erfolgt dieser Zulauf auf sehr unterschiedlichen Niveaus (vgl. Abbildung 2), aber er signalisiert, dass christlich-demokratische Parteien nicht grundsätzlich zum Niedergang verdammt sind.

#### 4. Gründe für aktuelle Erfolge

Allen christlich-demokratischen Parteien ist gemein, dass sie sich unabhängig von ihren konkreten Wahlergebnissen auf eine Reihe von Stärken und strategischen Vorteilen stützen können. In erster Linie zählen dazu eine starke lokale Verankerung, immer noch gut funktionierende lokalpolitische Strukturen und Verbindungen zu zahlreichen gesellschaftlichen Akteuren und deren Interessenvertretungen, eine immer noch hohe Zahl kommunalpolitischer Mandate und Amtsinhaber, zwar überdurchschnittlich alte, aber vergleichsweise treue und aktive Mitglieder, eine überdurchschnittliche Stärke im ländlichen Raum, eine meist sehr aktive Parteijugendorganisation, eine vergleichsweise große thematische und programmatische Bandbreite und auf den über der Lokalpolitik liegenden Ebenen der betreffenden Länder eine strategisch überaus günstige Lage nahe der Mitte des jeweiligen Parteiensystems, Regierungserfahrung, Koalitionspotential und ein nahezu legendärer Hang zu Pragmatismus.

Diese Stärken sind zwar nicht unbedingt ursächlich für die jüngsten Erfolge christlich-demokratischer Parteien. Ihnen stehen auch zahlreiche Schwächen und Herausforderungen gegenüber und der Trend zeigt auch bei einigen dieser Stärken in eine eher ungünstige Richtung. Das heißt, hier leben Christdemokraten von der (abnehmenden) Substanz. Dennoch fußen aktuelle Erfolge und noch mehr die Tatsache, dass es christlich-demokratische Parteien in ihrer Bedeutung schon so lange gibt, auch auf diesen organisatorischen, inhaltlichen und strategischen Grundlagen, die vor langer Zeit gelegt wurden und die bis heute nachwirken. Allen zum Teil gravierenden Umwälzungen in der ÖVP nach der Übernahme des Parteivorsitzes

In Mittelost- und Südosteuropa wurden Christdemokraten von nationalkonservativen oder nationalklerikalen Parteien an den Rand gedrängt.

Christdemokraten haben Stärken ...

durch Sebastian Kurz zum Trotz ist beispielsweise „Die neue Volkspartei“ vor Ort immer noch sehr gut organisiert und vernetzt. In den etwa 2.200 Gemeinden des Landes stellt die ÖVP rund als 1.500 Bürgermeister und unterstreicht somit ihren Ruf als „Österreichs Bürgermeisterpartei“ (Halper 2011: 101). So ähnlich gilt das auch für die meisten anderen christlich-demokratischen Parteien, für die darüber hinaus auch die meisten der hier zusammengefassten Stärken (und Schwächen) zutreffen.

**Tabelle 4**

Stärken und Schwächen christlich-demokratischer Parteien, Herausforderungen und Trends

... und Schwächen.

Stärken	Schwächen/Herausforderungen	Trend der betreffenden Stärke/Schwäche
lokale Verankerung		langsam aber stetig abnehmend
zahlreiche lokale Mandate		abnehmend
stark im ländlichen Raum		abnehmend wegen Urbanisierung und gesellschaftlichem (Werte)Wandel
enge Verbindung zu zahlreichen Interessengruppen (Industrie, Mittelstand, Landwirtschaft, Kirche)		anhaltend
wertebasierte Politik		anhaltend
Thematische/programatische Breite*		unbestimmt
aktive Parteijugend		anhaltend
Regierungserfahrung		anhaltend
Koalitionspotential		anhaltend
Pragmatismus		anhaltend
Seriosität, Professionalität		anhaltend
Positionierung in der Mitte des politischen Wettbewerbsraumes	besonders in Skandinavien und in den Niederlanden hart umkämpft und teilweise besetzt von ländlichen Zentrumsparteien, Konservativen und/oder Liberalen	selbst in sehr erfolgreichen Situationen (Deutschland) innerparteilich umstritten
	sinkende Mitgliederzahlen	anhaltend
	Überalterung/Nachwuchsprobleme in Partei und Wählerschaft	anhaltend
	schrumpfende Stammilieus	zunehmend
	Repräsentations- und Mobilisierungsschwächen in urbanen Gegenden	zunehmend

Schwächen/Herausforderungen	Trend der betreffenden Stärke/Schwäche
Schwächen bei der Ansprache und Mobilisierung von Wählern mit Migrationshintergrund	anhaltend
Europamüdigkeit/-skepsis	unbestimmt
neue Konkurrenz	zunehmend
Verbindungen zu zum Teil wenig zukunftssträchtigen Interessengruppen (z.B. Automobil-, Agrarindustrie, konventionelle Landwirtschaft)	anhaltend
wertebasierte Politik: Konfliktpotential zwischen Wertkonservativen und Pragmatikern	anhaltend

\* gilt nicht für die skandinavischen Christdemokraten.

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Feldforschung und Grabow (2016).

Christdemokraten müssen zudem nicht unbedingt Wahlen gewinnen, um relevant zu bleiben. Ihre meist günstige Lage im Wettbewerbsraum der jeweiligen Länder und eine hohes Maß an politischem Pragmatismus verschafft ihnen auch hohes Koalitionspotential. So sind bzw. waren bis vor kurzem Christdemokraten in Belgien, Estland, Liechtenstein und in den Niederlanden trotz zum Teil schwacher und bis auf den CDA auch sinkender Wahlergebnisse Juniorpartner in Koalitionsregierungen. In Norwegen wurden sie es Anfang 2019, nachdem die KRF zunächst eine Minderheitsregierung aus Liberalkonservativen (Høyre), den Liberalen (Venstre) und nationalkonservativen, z.T. auch -populistischen Kräften (FRP) tolerierte, dann aber dem Werben der konservativen Ministerpräsidentin Erna Solberg nachgab und der Koalition beitrug. Das hatte allerdings einen hohen Preis, da sich im Zuge der Diskussionen um eine Regierungsbeteiligung der „harte Kern“ der ohnehin sehr prinzipienfesten KRF abspaltete und eine neue Partei, *De Kristne* (Die Christen), gründete. Die KRF, die bei den letzten Parlamentswahlen auf nur noch 4,2 Prozent kam, wurde durch diese Abspaltung weiter geschwächt, auch wenn sie nun mit am Kabinetttisch Platz nehmen darf.

Auch in Schweden warben die Konservativen bis Mitte Januar 2019 um die zwar aufstrebenden, aber immer noch sehr kleinen Christdemokraten und deren Beteiligung an einer Koalition der Parteien des Bürgerlichen Blocks, zu dem neben den Konservativen und den Christdemokraten traditionell auch Liberale und die Zentrumsparterie gehören. Die beiden zuletzt genannten Parteien scherten jedoch im Januar 2019 nach monatelangen Verhandlungen aus dieser jahrzehntealten Konstellation aus und tolerieren seitdem eine rot-grüne Minderheitsregierung.

Die Aufsteiger, vor allem die beiden großen, die kroatische HDZ und die „Die neue Volkspartei“ in Österreich, zum Teil aber auch die litauische Heimatlandunion TS-LKD, verdanken ihre Gewinne und den daraus wiedererlangten Bedeutungszuwachs nicht der Betonung dezidiert christlich-demokratischer Positionen. Abgesehen davon, dass der ÖVP-Obmann und spätere Bundeskanzler Sebastian Kurz alle Entscheidungsbefugnisse in der Partei bei sich konzentriert und die organisatorisch einst breit gefächerte Volkspartei zu einer in Sachen Politikorientierung und Personalauswahl „Ein-Personen-Gesellschaft“ umgebaut hat, ist die ÖVP mit keiner einzigen Forderung in die Nationalratswahlwahl von 2017 gegangen, die eine christlich-demokratische Handschrift hätte erkennen lassen. Im Vordergrund standen Kürzun-

Christdemokraten  
 können auch heute  
 noch gewinnen ...

gen von Sozialleistungen, besonders für Asylsuchende und andere Zuwanderer, ein verbesserter Schutz der europäischen Außengrenzen, eine Stärkung der inneren Sicherheit durch mehr Überwachung und mehr Polizei, Steuersenkungen, weniger Staatsausgaben und der Abbau öffentlicher Schulden (Kurier 2017). Das entspricht einem beinahe lupenreinen liberal-konservativen Ansatz, aber keinem, der sich an christlichen Glaubenssätzen orientiert<sup>10</sup>.

Auch beim Christlich Demokratischen Aufruf finden sich christlich-demokratische Positionen bestenfalls am Rande. Im Vordergrund der zumindest ansatzweise wieder genesenen Partei, die im Rahmen dieser Studie als Beispiel für einen „kleinen Aufsteiger“ gilt, stehen wirtschaftsliberale, sozial verantwortliche und wertkonservative Positionen, hier vor allem in Bezug auf Migrationskontrolle, mehr innere Sicherheit und nationale Identität (CDA o.J.: 24 ff.). Dass man es überhaupt mit dem Programm einer christlich-demokratischen Partei zu tun hat, wird an Positionen ersichtlich, in denen sich der CDA zur Wahlfreiheit zwischen privater und öffentlicher Kinderbetreuung im Vorschulalter und zum Wert der Familie bekennt oder sich „moralisch verpflichtet“ sieht, internationale Konflikte zu schlichten oder Ursachen der Migration in den Herkunftsländern zu beseitigen, letzteres aber nicht ohne darauf zu verweisen, dass bei zwischenzeitlicher Aufnahme von Flüchtlingen aus Krisengebieten der Blick immer auf deren Rückkehr gerichtet sein muss (ebd. 39 f., 54 f.). Nicht genuin christlich-demokratisch im klassischen Sinne, wohl aber in Übereinstimmung mit anderen christlich-demokratischen Parteien, fordert der CDA die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für alle jüngeren Menschen.

Die schwedischen Christdemokraten vertreten traditionell klassische, aus christlichen Glaubenssätzen heraus abgeleitete Positionen in der Familien- und der weiteren Gesellschaftspolitik. Aber die Tatsache, dass sie dem drohenden Ausscheiden aus dem Reichstag durch eine Steigerung von 4,6 auf zuletzt 6,3 Prozent noch einmal entgehen konnte, wird, abgesehen davon, dass sie in ihren Hochburgen in ländlichen Regionen Nord- und Südschwedens ihre Potentiale ausschöpfen konnte (Bauer und Gläser 2018), anderen Faktoren als der Betonung christlicher Werte zugeschrieben. In erster Linie wird das Wahlergebnis der Treue der Partei zum Bürgerlichen Block sowie einer gewissen Popularität ihrer jungen, engagierten und sich medial gut verkaufenden Vorsitzenden Ebba Busch Thor zugeschrieben. Nicht zuletzt begründen Beobachter die Tatsache, dass sich die schwedischen Christdemokraten über die Vier-Prozent-Hürde haben retten können, mit einem gewissen „Mitleidseffekt“, da sie für ihre anhaltende Treue zum Bürgerlichen Block am Ende auch nicht mit ganz leeren Händen dastehen sollten.

Die derzeit erfolgreichste Partei aus dem christdemokratischen Spektrum Europas ist die bereits 1989, also noch vor dem Zerfall Jugoslawiens vom späteren Ministerpräsidenten Kroatiens Franjo Tudjman in Zagreb gegründete Kroatische Demokratische Gemeinschaft, HDZ (Strohmaier 2004: 111 f.). Die HDZ vereinte von Beginn an zwei ideologische Grundströmungen, eine konservative und eine liberale. Beide lassen sich weiter unterteilen in einen national-konservativen Flügel und einen wertkonservativen, der wiederum eng mit der katholischen Kirche verbunden ist. Die liberale Strömung teilt sich in einen wirtschaftsliberalen Flügel und einen weltoffenen, EU-zugewandten, polyglotten, der jüngere und gut ausgebildete Kroaten auch in urbanen Gegenden anspricht. Je nachdem, welche Grundströmung und welcher Flügel die Partei dominierte, war auch die Ausrichtung der HDZ: unter Tudjman und in Zeiten der von einem Bürgerkrieg begleiteten Staatsgründung national(istisch)-konservativ, unter seinem (Nach)Nachfolger Ivo Sanader liberaler, wobei dieser die liberalen Flügel durch Korruptionsskandale für eine Weile diskreditierte, und dann wieder national-konservativ unter der Führung des ehemaligen kroatischen Geheimdienstchefs Tomislav Karamarko. Die deutliche Erholung der HDZ ab 2015 hat auch damit zu tun, dass der neue Vorsitzende und heutige Premierminister

... aber ohne dabei  
dezidiert christlich-  
demokratische Posi-  
tionen zu betonen.

---

Die HDZ ist stark, weil  
sie Flügel hat und  
diese benutzt.

---



Kroatiens, Andrej Plenković, beiden Strömungen und deren Flügeln Raum ließ. So ist Plenković als ehemaliger Diplomat selbst ein Vertreter des liberal-polyglotten Flügels, Staatspräsidentin Kolinda Grabar-Kitarović, obgleich sie im Amt die Parteimitgliedschaft ruhen lässt, Vertreterin des konservativen Lagers. In Verbindung mit der flächendeckenden Präsenz der HDZ und einer treuen Anhängerschaft in ländlichen Gebieten hat die HDZ mit der Nutzung ihrer Flügel alle zur Verfügung stehenden Potentiale voll ausgenutzt.

Das Beispiel zeigt, wie nützlich innerparteiliche Flügel in einer (Volks)Partei sein können, wenn man sie geschickt nutzt. Nichts ist schädlicher als das Unterdrücken eines vorhandenen Flügels oder innerparteiliche Konflikte darüber, welcher der von bestimmten Flügeln repräsentierte Weg der richtige sei. Parteien, die eine große Bandbreite der Bevölkerung repräsentieren und als maßgebliche politische Kraft ihr Land führen wollen, müssen zwangsläufig thematisch breit aufgestellt sein. Das geht nur mit innerparteilichen Flügeln und Strömungen, die verschiedenen gesellschaftlichen Interessen in der Partei ein zu Hause geben.

Mit Blick auf die eine oder andere Flügeldiskussion bei den deutschen Christdemokraten sei an dieser Stelle an eine Arbeit über die föderale Struktur der CDU erinnert, in der sehr anschaulich dargelegt wird, dass die Dominanz der Partei im deutschen Parteiensystem auch mit der thematischen Bandbreite ihrer Landesverbände zu tun hatte (Schmid 1990: Kap. III). So galt die CDU einst als protestantisch-großbürgerlich-liberal-weltläufig und merkantil in Hamburg, als bodenständig-ländlich-konservativ in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, als wertkonservativ und Partei der inneren Sicherheit in Hessen, als katholisch-wertkonservativ, wirtschafts- und technologiekompetent in Baden-Württemberg und als arbeitnehmerfreundlich in Nordrhein-Westfalen. Diese Vielfalt war über Jahre ein wichtiger Baustein für den Erfolg der CDU. Sie muss auch heute noch als Erfolgsbedingung angesehen werden, wenn eine Partei mehrheitsfähig bleiben will. Über gemeinsame Ziele und Werte wie Demokratie, Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft, nationale und europäische Identität geeint muss sie auch programmatisch so vielfältig sein, wie die Gesellschaft, die sie als Volkspartei zu repräsentieren und zu führen beansprucht.

## 5. Zusammenfassung und Ausblick

Als Parteienfamilie geht es Europas Christdemokraten nicht mehr so gut. Einige Familienmitglieder haben an früherer Stärke verloren, manche ringen gar um ihre Existenz. Jüngere christdemokratische Erfolge sind auf sehr unterschiedlichen Niveaus zu verzeichnen, im mittleren einstelligen und im unteren zweistelligen Bereich ebenso wie im 30 Prozent-plus-X-Bereich oder irgendwo dazwischen. Allen Aufschwüngen gingen aber auch immer wieder herbe Verluste voraus, z.B. in Griechenland, Kroatien, Litauen, Österreich und in den Niederlanden, oder aber ein kontinuierlich anhaltender Abstieg wie im Falle der schwedischen Christdemokraten. Abgesehen von einem bemerkenswerten Zwischenhoch der deutschen Unionsparteien im Jahr 2013 zeigt der Verlauf der Wahlergebnisse für die anderen Christdemokraten Europas dagegen nur in eine Richtung, nämlich bergab (vgl. Abbildung 2).

Andererseits sind christlich-demokratische Parteien in Europa immer noch weit verbreitet. Ende Januar 2019 waren sie in zwölf Ländern an der Regierung beteiligt, in fünf als Partei des Regierungschefs bzw. der -chefin. Von einem Ende der europäischen Christdemokraten (Conway 2003) kann also noch längst nicht die Rede sein.

Betrachtet man allerdings die Parteien näher, die in den vergangenen Jahren wieder an öffentlicher Zustimmung und politischer Bedeutung gewonnen haben, fällt auf, dass die Aufsteiger ihre Verbesserungen kaum der Akzentuierung *christlich*-demokratischer Positionen verdanken. Erfolg brachten in erster Linie

- › eine stärkere Betonung konservativer Standpunkte, die auch nationale Identität und Symbolik und die innere Sicherheit des eigenen Landes in den Vordergrund rückten, meist gepaart mit Forderungen nach Begrenzungen und mehr Kontrolle von Migration (ÖVP, TS-LKD, CDA),
- › liberale Standpunkte (ÖVP, HDZ) oder
- › eine ausgewogene Mischung aus Wertkonservatismus, Sicherheit, nationalen Interessen, Liberalismus und christlichen Werten (HDZ, KD) und nicht zuletzt
- › eine schwungvolle Kampagne mit neuem Spitzenkandidaten, der in breiteren Gesellschaftsschichten neues Interesse an, um nicht zu sagen temporäre Begeisterung für Politik entfachte (v.a. ÖVP, mit Abstrichen auch schwedische KD).

Wie wenig Gehör sich klar bekennende christliche Demokraten in ihrer eigenen Partei oder in der gesamten Gesellschaft verschaffen können, zeigen die Beispiele der litauischen Heimatlandunion, in der die marginalisierten Christdemokraten von den dominierenden Konservativen als „Taliban“ verspottet werden oder die norwegischen Christdemokraten, aus denen sich eine Gruppe politisch aktiver Christen abspaltete, obwohl die KRF ohnehin schon als die Partei in der Familie der C-Parteien gilt, deren Politik sich noch am meisten an christlichen Werten orientiert.

Es scheint also, als führe die Betonung von Positionen und Wertefragen, die sich aus dem christlichen Glauben ableiten ließen, oder eine Fokussierung auf die Imagination von wertkonservativen Stammwählern unweigerlich in den unteren zweistelligen oder gar mittleren einstelligen Bereich, ganz einfach deshalb, weil die Gruppen, die einst treue christdemokratische Wählerreservoirs bildeten, langsam aussterben (vgl. u.a. Sinus 2018). Christlich-demokratische Parteien können diesen Weg mitgehen oder sie können eine inhaltlich breit angelegte Politik anbieten, die sie vor einer Marginalisierung bewahrt. Themen, mit denen Christdemokraten auch in Zukunft punkten können, gibt es nach wie vor in großer Zahl, sei es in einer Gesellschaftspolitik, die Realitäten, d.h. eine immer größer werdende Vielfalt von Lebensmodellen akzeptiert und diese Vielfalt klug miteinander verbindet (vgl. Schneider, Sulak und Panova 2019), sei es im Bereich der bezahlbaren und leistungsfähigen Pflege, sei es beim Klimaschutz, in einer ökologisch orientierten und dennoch marktwirtschaftlich und wohlstandssichernden Wirtschaftspolitik, sei es im Bereich der inneren Ordnung, wo Christdemokraten gerade dort, wo es keine weiteren konservativen Kräfte gibt, ganz andere Handlungsoptionen haben und diese auch von ihnen erwartet werden, oder sei es schlicht in der Rolle eines pragmatischen Problemlösers. Weitere Themen liegen im Bereich der Europapolitik, in der ein solcher Problemlöser immer gefragt ist und es geradezu die historische Aufgabe christlich-demokratischer Parteien ist, als maßgebliche Triebkräfte der europäischen Integration den Bürgerinnen und Bürgern nach nunmehr fast 62 Jahren institutionalisierter europäischer Zusammenarbeit zu sagen, worauf die Gemeinschaft eines Tages zusteuern soll.

Eine weitere Aufzählung von Themen wäre an dieser Stelle müßig (vgl. u.a. Grabow 2012a: 35 f.). Christdemokraten können und sollten allen Wählern und Milieus Politikangebote unterbreiten, die nicht in erster Linie auf immer mehr staatliche Umverteilung setzen und die sich für die Sicherung und Fortentwicklung ihrer Umgebung unter Wahrung demokratischer Regeln einsetzen wollen, sei dies aus der Sicht der Wähler nun eher die Region, die Nation oder eben die Europäische Union. Die Fähigkeit, eine solche Bandbreite inhaltlich

Die Aufsteiger verdanken ihre Erfolge kaum noch klassischer christlich-demokratischer Programmatik.

Themen für christlich-demokratische Parteien gibt es genügend.

abzudecken, zählt zu den traditionellen Stärken christlich-demokratischer Parteien und es gibt keinen Grund, dies nicht auch in Zukunft zu tun.

Soviel strategische Beweglichkeit haben aber längst nicht alle christlich-demokratischen Parteien. Gerade die skandinavischen, die sich traditionell deutlich stärker an christlichen Glaubenssätzen orientieren, sind zudem „eingeklemmt“ zwischen konservativen, liberalen und agrarischen Parteien (vgl. Madeley 2004: 222), die den Wettbewerbsraum in der Mitte und rechts davon verengen und damit auch den Christdemokraten wenig Entfaltungsmöglichkeiten lassen. Die Etablierung rechtspopulistischer Parteien hat die strategische Lage für Skandinaviens Christdemokraten nicht verbessert (vgl. Heinze 2017). Diese Beschränkungen gelten aber nicht nur im hohen Norden. Auch Belgiens, hier insbesondere Flanderns, Christdemokraten, die in den Niederlanden und die in der Schweiz agieren in ähnlich engen Räumen. Für die skandinavischen, flämischen, niederländischen und schweizerischen Christdemokraten muss das aber kein Nachteil oder gar „Todesurteil“ sein, da sie auch als kleine Nischenparteien weiterhin Koalitionspotential haben, das auch in der Praxis genutzt wird (s.o., vgl. Tabelle 1).

Für Christdemokraten mit mehr strategischen Möglichkeiten und mehr politischen Ambitionen gilt es, nahezu die gesamte Bandbreite des politischen Spektrums zu nutzen, um für eine sozial und politisch dauerhaft weniger festgelegte, individualisierte, thematisch vielfältigere, kritischere, prinzipiell auch skeptischere Wählerschaft attraktiv zu bleiben oder es wieder zu werden. Deutlich im Vorteil dabei ist, wer innerparteiliche Flügel hat. Damit muss aber auch zum Nutzen der Partei und zum Wohle des Lands gearbeitet werden.

Wer Flügel hat, muss  
sie auch nutzen.

---

## Quellen

- A** Altermatt, Urs (2013). „Befindet sich die Christliche Demokratie in Westeuropa in einer Krise?“, in: Schweizerische Zeitschrift für Religions- und Kulturgeschichte, Band 107, S. 225–234.
- B** Bauer, Elisabeth und Kai Gläser (2018). Länderbericht: Schweden vor schwieriger Regierungsbildung. Riga: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Bundeszentrale für Politische Bildung (2016). „Zwischen legal und verboten: Abtreibungen in Europa“, <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/228817/abtreibungen-in-europa> (letzter Aufruf am 12. Dezember 2018).
- C** Callaghan, John (2000). The retreat of social democracy. Manchester: Manchester University Press.
- CDA (o.J.). Keuzes voor een beter Nederland. Verkiezingsprogramma 2017–2021. Den Haag.
- CNA (2016). „Gibt es in Belgien bald keine Religionslehrer mehr?“, <https://de.catholic-newsagency.com/story/gibt-es-in-belgien-bald-keine-religionslehrer-mehr-0974> (zuletzt besucht am 12. Dezember 2018).
- Conway, Martin (2003). „The Age of Christian Democracy: The Frontiers of Success and Failure“, in: Thomas Kselman und Joseph A. Buttigieg (Hrsg.): European Christian Democracy: Historical Legacies and Comparative Perspective. Notre Dame: University of Notre Dame Press, S. 43–67.
- D** De Standaard (2019). Federale verkiezingen 2019. <http://www.standaard.be/tag/federale-verkiezingen> (zuletzt besucht am 27. Mai 2019).
- E** EVP/EPP (o. J.). Parties and Partners. <http://www.epp.eu/parties-and-partners/> (zuletzt besucht am 29. November 2018).
- F** Filipovič, Ana Thea (2011). „Religionsunterricht in öffentlichen Schulen in Europa. Modelle und Entwicklungen als Indikatoren für die gesellschaftliche Bedeutung des Glaubens und die Anfrage an Theologie und Kirche“, in: Nova prisutnost, 9. Jg., Heft 1, S. 137–152.
- Fislage, Franziska, Karsten Grabow und Anna-Sophie Heinze (2018). Mit Haltung gegen Populismus. Erfahrungen aus Europa. Sankt Augustin und Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Frey, Timotheos (2009). Die Christdemokratie in Westeuropa. Der schmale Grat zum Erfolg. Baden-baden: Nomos.
- G** Gabriel, Oscar (2013). „Einstellungen der Bürger zu den politischen Parteien“, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 319–347.
- Grabow, Karsten (2010). „Christliche Demokratie: was ist das?“
- Grabow, Karsten, Manfred Agethen, Rudolf Uertz und Reinhard Willig (2010). „Entwicklungsgeschichte der Christlichen Demokratie in Europa“, beide in: Karsten Grabow (Hrsg.): Christliche Demokratie: Grundsätze und Politikgestaltung. Handbuch für die

Europäische und Internationale Zusammenarbeit. Sankt Augustin und Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 7–12, 13–23.

Grabow, Karsten (2012a). „Christlich-demokratische Parteien in Westeuropa: Ein Überblick“, in: ders. (Hrsg.): Christlich-demokratische Parteien in Westeuropa: Stand und Perspektiven. Sankt Augustin und Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 27–48.

Grabow, Karsten (2012b). Abgrenzen, annähern, tolerieren, koalieren? Reaktionsstrategien der EVP-Mitgliedsparteien auf Rechts- und Nationalpopulisten. Informationen und Recherchen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Grabow, Karsten und Florian Hartleb (2013). „Strategic Responses to the Populists' Advance: Options for Christian Democratic and Conservative Parties“, in: dies. (Hrsg.): Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe. Brüssel: Centre for European Studies, S. 399–409.

Grabow, Karsten (2016). „Schön, dass Ihr da seid“. Wie christlich-demokratische und konservative Parteien Wähler mit Migrationshintergrund erreichen. Informationen und Recherchen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Grabow, Karsten (2017). Die neue Volkspartei. Der Umbau der ÖVP unter Sebastian Kurz. Parteienmonitor kompakt. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Grabow, Karsten und Sabine Pokorny (2018). „Das Parteiensystem in Deutschland ein Jahr nach der Bundestagswahl“, in: Karsten Grabow und Viola Neu (Hrsg.): Das Ende der Stabilität? Parteien und Parteiensystem in Deutschland. Sankt Augustin und Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, Heft 1, S. 9–41.

**H** Heinze, Anna-Sophie (2017). „Strategies of mainstream parties towards their right-wing populist challengers: Denmark, Norway, Sweden and Finland in comparison“, in: West European Politics, 41:2, S. 287–309, DOI: 10.1080/01402382.2017.1389440.

Hilgert, Romain (2015). „Staats-CSV ohne CSV-Staat“, Lëtzebuerger Land, 30. Januar 2015, <http://www.land.lu/page/article/930/7930/FRE/index.html> (zuletzt besucht am 27. November 2018).

Höhne, Benjamin (2012). „Parteifamilien als Ideal- oder Realmodell: politikwissenschaftlicher Anachronismus oder Forschungsansatz mit Zukunft?“, in: Uwe Jun und ders. (Hrsg.): Parteifamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett? Opladen u.a.: Verlag Barbara Budrich, S. 11–33.

**J** Janotta, Daniel (2012). Gesellschaftliche Werteorientierungen, ideologische Einstellungen und das Wahlverhalten in Österreich und Deutschland. Universität Wien. Dissertation.

**K** Kalyvas, Stathis N. (1996). The Rise of Christian Democracy in Europe. Ithaca: Cornell University Press.

Köstinger, Elisabeth (2018). „Wie sich das ‚Neue‘ in der Volkspartei durchsetzte“, in: Bettina Rausch und Karl Nehammer (Hrsg.): Offen für Neues. Analysen und Einschätzungen zum ersten Jahr der neuen Volkspartei. Wien: edition noir, S. 70–82.

Kurier (2017). Die wichtigsten Punkte im ÖVP-Wahlprogramm. Kurier.at vom 01.09.2017. <https://kurier.at/politik/inland/die-wichtigsten-punkte-im-oevp-wahlprogramm/283.816.753> (zuletzt besucht am 16. Januar 2019).

- L** Lappenküper, Ulrich (2001): „Zwischen ‚Sammlungsbewegung‘ und ‚Volkspartei‘. Die CDU 1945–1969“, in: Michael Gehler, Wolfram Kaiser und Helmut Wahnout (Hrsg.): Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert. Wien: Böhlau, S. 385–398.

Liedhegener, Antonius und Torsten Oppelland (2012). „Die christdemokratische Parteienfamilie“, in: Uwe Jun und Benjamin Höhne (Hrsg.): Parteifamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett? Opladen u.a.: Verlag Barbara Budrich, S. 99–129.

Lijphart, Arend (1999.) Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries. New Haven und London: Yale University Press.

Lucardie, Paul (2012). „Der CDA in den Niederlanden“, in: Karsten Grabow (Hrsg.): Christlich-demokratische Parteien in Westeuropa: Stand und Perspektiven. Sankt Augustin und Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 77–87.

Luzerner Zeitung (2018). „Ehe für alle‘ bringt volles Adoptionsrecht“, <https://www.luzernerzeitung.ch/schweiz/ehe-fur-alle-bringt-volles-adoptionsrecht-ld.1025724> (zuletzt besucht am 12. Dezember 2018).

- M** Madeley, John T.S. (2004). „Life at the Northern Margin. Christian Democracy in Scandinavia“, in: Steven Van Hecke und Emmanuel Gerard (Hrsg.): Christian Democratic Parties in Europe since the End of the Cold War. Leuven: Leuven University Press, S. 217–241.

- N** Neu, Viola (2017). „Ich wollte etwas bewegen.“ Die Mitglieder der CDU. Eine empirische Analyse von Mitgliedern, Wählern und der Bevölkerung. Sankt Augustin und Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Niedermayer, Oskar (2018). „Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems. Zur Bedeutung kurzfristiger Faktoren im Jahrzehnt des europäischen Wandels“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 49. Jg., Heft 2, S. 286–303.

Nordsieck, Wolfram (2018). Parties and Elections in Europe. Parliamentary Elections and Governments since 1945, European Parliament Elections, Political Orientation and History of Parties. Norderstedt: Book on Demands.

Nordsieck, Wolfram (2019). <http://www.parties-and-elections.eu/countries.html> (zuletzt besucht am 28. Mai 2019).

NZZ (2017). „Wo in Europa die gleichgeschlechtliche Ehe erlaubt ist“, <https://www.nzz.ch/international/europa/wo-in-europa-die-gleichgeschlechtliche-ehe-erlaubt-ist-ld.1303058> (zuletzt besucht am 12. Dezember 2018).

- O** Oppelland, Torsten (2018). „Wahlkampf im Zeichen der Flüchtlingskrise. Die Strategien von CDU und CSU für die Bundestagswahl 2017“, in: Karsten Grabow und Viola Neu (Hrsg.): Das Ende der Stabilität? Parteien und Parteiensystem in Deutschland. Sankt Augustin und Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, Heft 2, S. 3–73.

- P** Pelinka, Anton (2001). „Die Christdemokraten als europäische Parteienfamilie. Ein Kommentar“, in: Michael Gehler, Wolfram Kaiser und Helmut Wohnout (Hrsg.): Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert. Wien: Böhlau, S. 537–555.
- R** Rudzio, Wolfgang (2011). Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. 8. aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS-Verlag.
- S** Schmid, Josef (1990). Die CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus. Opladen: Leske & Budrich.

Schneider, Norbert F., Harun Sulak und Ralina Panova (2019). Was kommt nach der Rush-hour? Lebenslagen und Lebensverläufe von Frauen und Männern in der Lebensmitte. Sankt Augustin und Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Schreiner, Peter (2016). „Religionsunterricht, international“, <https://www.bibelwissenschaft.de/wirelex/das-wissenschaftlich-religionspaedagogische-lexikon/lexikon/sachwort/anzeigen/details/religionsunterricht-international/ch/8b7bb838b7c5a466b-7928680d78e852f/> (zuletzt besucht am 12. Dezember 2018).

Sinus-Institut (2018). Die Sinus-Milieus in Deutschland 2018. <https://www.sinus-institut.de/sinus-loesungen/sinus-milieus-deutschland/> (zuletzt besucht am 22. Januar 2019).

Smith, Oliver (2018). „Mapped: The world’s most (and least) religious countries“. <https://www.telegraph.co.uk/travel/maps-and-graphics/most-religious-countries-in-the-world/> (zuletzt besucht am 5. Dezember 2018).

Sommer, Franz (2018). „Vom Juniorpartner zur Nummer eins“, in: Bettina Rausch und Karl Nehammer (Hrsg.): Offen für Neues. Analysen und Einschätzungen zum ersten Jahr der neuen Volkspartei. Wien: edition noir, S. 47–53.

Steffen, Christian (2006). „Die Parteiensysteme Dänemarks, Norwegens und Schwedens“, in: Oskar Niedermayer, Richard Stöss und Melanie Haas (Hrsg.): Die Parteiensysteme Westeuropas. Wiesbaden: VS Verlag, S. 67–108.

Strack, Christoph (2018). „‘Eine der säkularsten Regionen der Welt’ – eine Studie zum Christsein in Europa“. <https://www.dw.com/de/eine-der-s%C3%A4kularsten-regionen-der-welt-eine-studie-zum-christsein-in-europa/a-43980185> (zuletzt besucht am 5. Dezember 2018).

Strohmaier, Robert (2004). Die Ideologie der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ) in der Ära Franjo Tudjman. Historische Determinanten und Entwicklung. München: Liliana Djeković Verlag.

Süddeutsche Zeitung (2018). „Liebe, Toleranz, Bedrohung Gleichgeschlechtliche Ehe. Weltweite Rechtslage“, <https://www.sueddeutsche.de/politik/weltkarte-zur-gleichgeschlechtlichen-ehe-liebe-toleranz-bedrohung-1.2497466> (zuletzt besucht am 12. Dezember 2018).

Svåsand, Lars (1994). „Die Konservative Partei und die Christliche Volkspartei Norwegens: Unbequeme Nachbarn im bürgerlichen Lager“, in: Hans-Joachim Veen (Hrsg.): Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa. Band 4: Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark. Paderborn: Ferdinand Schönigh, S. 133–227.

- T** Trautmann, Günter und Hartmut Ullrich (2003). „Das politische System Italiens“, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas. Opladen: Leske und Budrich, S. 553–607.
- U** Uertz, Rudolf (2004). „Zur Theorie und Programmatik der Christlichen Demokratie“, in: Günter Buchstab und Rudolf Uertz (Hrsg.): Christliche Demokratie im zusammenwachsenden Europa: Entwicklungen, Programmatik, Perspektiven. Freiburg u.a.: Herder, S. 32–61.
- V** van Keersbergen, Kees (1995). *Social Capitalism. A study of Christian democracy and the welfare state*. London: Routledge.
- van Keersbergen, Kees (1999). „Contemporary Christian Democracy and the Demise of the Politics of Mediation“, in: Herbert Kitschelt u.a. (Hrsg.): *Continuity and Change in Contemporary Capitalism*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 346–370.
- Vatter, Adrian (2014). *Das politische System der Schweiz*. Baden-Baden: Nomos.
- Voerman, Gerrit (2011). „Inleiding“, in: ders. (Hrsg.): *De Conjunctuur van de Macht. Het Christen Democratisch Appèl 1980–2010*. Amsterdam: Boom, S. 9–31.
- W** Wysocka, Olga (2013). „Polish Populism: Time for Settlement“, in: Karsten Grabow und Florian Hartleb (Hrsg.): *Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe*. Brüssel: Centre for European Studies, S. 293–321.
- Z** Zohlnhöfer, Reimut (2006). „Das Parteiensystem Italiens“, in: Oskar Niedermayer, Richard Stöss und Melanie Haas (Hrsg.): *Die Parteiensysteme Westeuropas*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 275–298.

1 Zu den ideellen Grundlagen christlich-demokratischer Sozialpolitik siehe z.B. van Keersbergen (1995), Grabow (2010: 7 ff.).

2 Die finnischen Christdemokraten wurden 1958 gegründet, die schwedischen 1964, die dänischen 1970 (Madeley 2004: 218). Das Gründungsdatum der norwegischen Christdemokraten war zwar schon 1933, aber erst nach 1945 erfolgte die nationale Ausdehnung (ebd. 224, Svåsand 1994: 180), wobei die KRF jahrzehntelang um die 10-Prozent-Marke schwankte, ihr bisher bestes Ergebnis 1997 erreichte (13,7 Prozent) und dreimal den Ministerpräsidenten des Landes stellte.

3 An dieser Stelle danke ich nochmals Elisabeth Bauer, Pit Bouché, Fernand Fehlen, Florian Feyerabend, Holger Haibach, Uwe Jun, Michael Lange, Paul Lucardie, Lars Svåsand und Nelleke Weltevrede für ihre Unterstützung.

4 Zur Typologie christlich-demokratischer Parteien und deren Abgrenzung von anderen Parteien vgl. Frey (2009: 48 ff.).

5 Die Zählung in dieser Studie basiert auf Angaben der EVP (o.J.), Nordsieck (2018) und Einschätzungen der KAS-Auslandsmitarbeiter und Länderreferenten. Die deutschen Unionsparteien werden hier als eine Partei gezählt, auch wenn es sich de facto um zwei selbständige Parteien handelt. Der Grund für die legitime zusammengefasste Zählweise als Union liegt darin, dass CDU und CSU bei Wahlen nicht gegeneinander antreten. In der vergleichenden Parteienforschung gilt das Wettbewerbskriterium als entscheidend für eine separate oder zusammengefasste Zählweise (Lijphart 1999: 69 ff., Niedermayer 2018: 286, Anm. 3).

6 Die Studie wurde am 25. Januar 2019 abgeschlossen. Für die spätere Publikation wurden Text und Abbildungen entsprechend aktualisiert. Redaktionsschluss dieser Fassung war der 4. Juni 2019.

7 Das Wort „Riese“ bezieht sich ausdrücklich nicht auf die Größe des betreffenden Landes, der jeweiligen Partei oder deren europapolitische Bedeutung, sondern allein auf die einstigen Wahlerfolge und die sich daraus ergebende Bedeutung für das eigene politische System.

8 Zum Thema „Parteienfamilien“ im Allgemeinen siehe z.B. Höhne (2012), zur christlich-demokratischen Parteienfamilie siehe z.B. Liedhegener und Oppelland (2012).



- 9 Spitzenplätze in Europa belegen Polen und Italien mit 85 bzw. 75 Prozent praktizierenden Katholiken in der Bevölkerung. Während sich diese in Italien nicht zuletzt aufgrund des skandalträchtigen Zerfalls der DC auf alle Parteien verteilen, neigen viele polnische Katholiken zur national-konservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (Wysocka 2013: 301 ff.). Länder mit dem geringsten Anteil praktizierender Christen in Europa sind die Tschechische Republik und die Niederlande mit ca. 25 Prozent, die skandinavischen Länder mit ca. 20 Prozent aktiven Christen und Estland mit etwa 15 Prozent (Smith 2018).
- 10 Ausführlicher zur politischen Lage in Österreich vor der Nationalratswahl im Oktober 2017 und zur Kampagne der ÖVP unter Sebastian Kurz vgl. z.B. Fislage, Grabow und Heinze (2018: 36 f.), Sommer (2018) und Köstinger (2018).

## Impressum

### Der Autor

Dr. habil. Karsten Grabow ist Koordinator für Politikanalysen und Parteienforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung und Leiter der Arbeitsgruppe Parteienforschung.

Eine Veröffentlichung der Arbeitsgruppe Parteienforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

#### Dr. habil. Karsten Grabow

Koordinator Politikanalysen und Parteienforschung  
Hauptabteilung Politik und Beratung  
T: +49 30 / 26 996-3246  
[karsten.grabow@kas.de](mailto:karsten.grabow@kas.de)

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2019, Berlin  
Gestaltung: yellow too Pasiek Horntrich GbR  
Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ISBN 978-3-95721-558-1



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite  
© 7nuit, iStock by Getty Images